



Welches Geschlecht hat die Finanz- und Wirtschaftskrise?

Die Krise hat Geschlechterdimensionen sowohl in ihren Entstehungsbedingungen als auch in ihren Auswirkungen. Zugespielt formuliert: Bei den Krisenverursachern sind Frauen unterrepräsentiert, bei denjenigen, die hart an den Krisenfolgen zu tragen haben, sind sie überrepräsentiert.

Die politisch Verantwortlichen – allen voran Kanzlerin Angela Merkel – waren sehr erfolgreich dabei, die Krise zu einer Staatsschuldenkrise umzudefinieren, angeblich verursacht durch eine sorglose Haushaltspolitik. Tatsächlich sind in den EU-Mitgliedstaaten die öffentlichen Schulden, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, vor der Krise jedoch nicht gestiegen, in den heutigen Krisenländern Irland und Spanien sind sie sogar gesunken. Einen starken Anstieg gab es erst, als europaweit Banken gerettet und ihre Verluste sozialisiert wurden.

Testosteron-Krise?

Dennoch formulierte Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, am CDU-Parteitag im November 2011 in bewusster Umkehrung von Ursache und Wirkung: »Ausgangspunkt der Krise sind nicht die Spekulanten gewesen, sondern dass wir uns nicht an die Haushaltsdisziplin gehalten haben.« Bei den europäischen Krisengipfeln spielt die Entwicklung auf den Finanzmärkten als Krisenauslöser keine Rolle mehr. Im Gegenteil: Die Finanzmärkte dürfen trotz ihres Versagens die Rolle von Schiedsrichtern einnehmen – potente Anleger und Ratingagenturen heben oder senken den Daumen und bestimmen die Bedingungen, zu denen Staaten sich refinanzieren können.

Insgesamt sind im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zwar mehr Frauen als Männer beschäftigt. Doch in leitenden Gremien, in den Vorständen und Aufsichtsräten der grossen Banken, sind Frauen seltene Exemplare. Der Rat der Europäischen Zentralbank, der aus sechs Direktoren sowie den 17 Notenbankchefs der Mitgliedsstaaten besteht, ist sogar eine reine Männerrunde.

Sabine Reiner

ist Gewerkschaftssekretärin bei der Gewerkschaft ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) und leitet dort den Bereich Wirtschaftspolitik

Dieses offenkundige Missverhältnis führte zur naheliegenden Frage, ob die Krise eine Testosteron-Krise sei und ob »Lehman Sisters« sie uns möglicherweise erspart hätte.¹ Vergleiche zeigen



*Die öffentliche Verschuldung der sechs EU-Länder Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
 Quelle: EU-Kommission.*

tatsächlich, dass Frauen risiko-averser entscheiden und von Frauen geführte oder mitgeführte Unternehmen häufig erfolgreicher sind. Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind aber nicht mehr eindeutig, wenn die äusseren Umstände mitbetrachtet werden. Bei vergleichbaren Einkommens- und Vermögensverhältnissen etwa gleicht sich auch das Anlageverhalten an.²

Nur den Frauenanteil auf Leitungsebenen zu erhöhen, reicht daher nicht aus. Zusätzlich ist eine Änderung der Strukturen nötig. Dazu muss eine möglichst breite Debatte über die Funktion und Aufgaben von Finanzinstitutionen geführt werden, zum Beispiel über die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, eine so grundlegende Funktion wie Geld- und Kreditversorgung der Gesellschaft privatwirtschaftlichem Profitinteresse zu überlassen. Und genau bei dieser Diskussion müssen Frauen ihre Interessen nachdrücklich einbringen!

Konjunkturprogramme retten Männerarbeitsplätze

Die Wirtschaftskrise, die unmittelbar auf den Crash der Finanzmärkte folgte, schien – zumindest in den reichen Industrieländern – eine Krise für männliche Beschäftigte zu sein. In der Eurozone blieb die Arbeitslosenquote von Frauen 2010 mit 10,3 Prozent gegenüber 2005 stabil, während die der Männer von 8,2 auf 9,9 Prozent stieg. In der EU überholte die Arbeitslosenquote der Männer sogar erstmals die der Frauen.



Auch in den Euro-Krisenländern macht sich der Unterschied bemerkbar, allerdings auf viel höherem Niveau und bei grösseren Geschlechterunterschieden vor der Krise: In Spanien verdreifachte sich die Arbeitslosenquote unter Männern von sieben auf knapp 20 Prozent, bei den Frauen verdoppelte sie sich von zwölf auf gut 20 Prozent im Jahr 2010. In Griechenland stieg sie von sechs auf zehn Prozent bei Männern und von gut 15 auf 16 Prozent bei Frauen. Seither ist sie in beiden Ländern weiter gestiegen (bei Männern und Frauen in Griechenland zusammen auf 18 und in Spanien auf 23 Prozent).

In Deutschland war schnelle Hilfe für die vor allem betroffenen Exportindustrien angesagt. Abwrackprämie, Investitionen und Kurzarbeitergeld waren in dieser Hinsicht erfolgreich. Sie kamen zu über 70 Prozent männlichen Beschäftigten zugute, so das Ergebnis einer Studie von Gabriele Schambach.³ Das Geld hätte allerdings zukunftsorientierter angelegt werden können, etwa für Konversionsprojekte. Ausserdem wünschte man sich bei bedrohten Frauenarbeitsplätzen ähnlich schnelle und wirksame Hilfe, beispielsweise bei der Insolvenz des Drogeriemarkts Schlecker, bei der 24'000 überwiegend weiblich Beschäftigte ihren Job verloren.

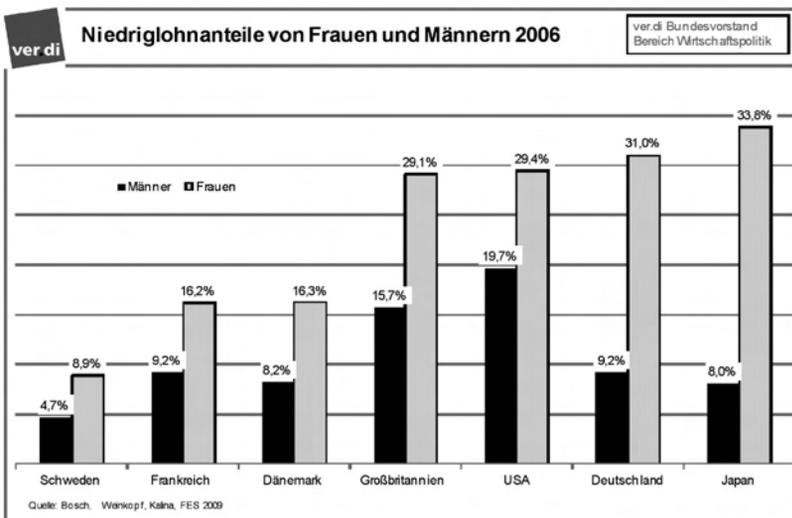
Eine Senkung der Einkommensteuer zwecks Konsumankurbelung war ebenfalls Bestandteil des Konjunkturprogramms. Je höher das Einkommen, desto höher war die Entlastung. Das ist sozial wie auch aus Geschlechterperspektive ungerecht. Denn in den oberen Einkommensbereichen, in denen die maximale Entlastungswirkung erreicht wird, sind Frauen nur zu 15 Prozent vertreten. Im unteren Zehntel der Einkommenshierarchie machen sie jedoch knapp 70 Prozent aus.

Schuldenbremsen bremsen Geschlechtergerechtigkeit

Mit Angela Merkel hat nun ausgerechnet eine Frau die Rolle übernommen, durch knallharte Kürzungsvorgaben europaweit soziale und Geschlechtergerechtigkeit auszubremsen. Deutschland steht in der Krise momentan verhältnismässig gut da, weil die Exportindustrien sich auch dank der Konjunkturpakete anderer Länder schnell erholt haben. Ausserdem hat Deutschland trotz krisenbedingt ebenfalls stark gestiegener Staatsverschuldung – die Schuldenquote lag vor der Stützung der spanischen Banken im Juni 2012 immerhin deutlich höher als in Spanien – momentan keine Probleme mit der Staatsfinanzierung. Das Land profitiert sogar von ungewöhnlich niedrigen Zinsen, denn gegenüber den Nachbarländern gilt es als sicherer Hafen für Finanzanlagen.⁴

Die Lösungsstrategie für die Eurokrise lautet: Alle sollen so werden

wie Deutschland. Konkret heisst das: Runter mit den Löhnen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Muster für ganz Europa. Bei der Lohnentwicklung schnitt Deutschland bekanntlich seit der Euro-Einführung mit einem Reallohnverlust von fast drei Prozent pro Kopf in der Eurozone am schlechtesten ab. Zu einem wesentlichen Teil war dies ein Ergebnis der Ausbreitung von prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen. Fast jede dritte Frau arbeitet in Deutschland zu einem Niedrig- oder Hungerlohn. Bei Männern ist es »nur« fast jeder Zehnte. Die geschlechtsspezifische Verteilung schlechter Löhne ist damit in Deutschland besonders krass.



Niedriglohnanteile von Frauen und Männern in Schweden, Frankreich, Dänemark, Grossbritannien, den USA, Deutschland und Japan im Jahr 2006.

Lohnkürzungen sind nun Bedingungen für Notkredite an die Eurokrisenländer. In Griechenland ist der Mindestlohn von 4,38 Euro auf 3,34 Euro pro Stunde gekürzt worden, die Arbeitslosenunterstützung, die ohnehin nur für maximal ein Jahr gezahlt wird, um 30 Prozent auf 322 Euro. Eltern sind inzwischen so verzweifelt, dass sie bei SOS-Kinderdörfern anfragen, ob sie ihre Kinder dort unterbringen können, weil sie es nicht mehr schaffen, für sie zu sorgen. Die ersten Kinder wurden aufgenommen, alle von allein erziehenden Müttern.

Doch öffentliche Einrichtungen wie die SOS-Dörfer bekommen die Krisenfolgen selbst zu spüren. Soziale Einrichtungen und öffentliche Dienstleistungen generell drohen dem Rotstift zum Opfer zu fallen, wenn die krisenbedingt gestiegenen Schulden reduziert werden sollen, koste es was es wolle. Auf öffentliche Angebote sind aber gerade sozial



Schwächere, Familien und Frauen besonders angewiesen. Auch in Deutschland arbeiten im öffentlichen Sektor mehrheitlich Frauen. Kürzungen vermindern daher ohnehin knappe oder teure Angebote und verschlechtern Beschäftigungschancen für Frauen. Das gilt zum Beispiel für die ab 2013 versprochene ausreichende Ausstattung mit Kita-Plätzen. Aus Kostengründen haben Kommunen bereits verlangt, die Frist für den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu verschieben, »um eine Klagewelle enttäuschter Eltern zu vermeiden«.

Das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt ein Drittel des gesamten Vermögens. In Europa besitzt das reichste Prozent insgesamt ein Geldvermögen von über zehn Billionen Euro. Das ist mehr als das doppelte aller Staatsschulden der fünf Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Ein Prozent der Bevölkerung! Statt Menschen massenhaft in Verzweiflung zu stürzen, ist es allemal sinnvoller, sich die Finanzmittel für ein gutes Leben, gute öffentliche Angebote, gute Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit dort zu holen, wo sie im Überfluss vorhanden sind.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Dokumentation zur Veranstaltung »Hätten die Lehman-Sisters etwas anders gemacht?« vom 28. Januar 2010 in Frankfurt am Main, www.verdi-bw-hessen.de/uploads/m4b8badcf3085b_verweis4.pdf
- 2 Vgl. Badunenko, Oleg/Nataliya Barasinska/Dorothea Schäfer: Geldanlage: Frauen sind vorsichtiger als Männer – weil sie weniger Vermögen haben. DIW Wochenbericht Nr. 48/2009
- 3 Schambach, Gabriele: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise – Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer. Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, März 2010.
- 4 Vgl. »Unsichere Aussichten. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa«, ver.di Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 3, Juni 2012.
- 5 Zur Kritik der EU-Krisenpolitik und Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht siehe »Eurokrise ohne Ende«, ver.di Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 2, März 2012. »4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa«, DGB-Bundesvorstand, Dezember 2011. »Zur Krise in der Eurozone. Fragen und Antworten zum Fiskalpakt«, DGB-Bundesvorstand, Juni 2012.